

**Schleswig-Holsteinischer Landtag** □  
**Umdruck 16/1896**

**Fachbereich  
Medien, Kunst  
und Industrie (FB 8)**

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft  
Landesbezirke  
Hamburg und Nord**

ver.di FB Medien, Kunst und Industrie Besenbinderhof 60 20097 Hamburg

**Schleswig-Holsteiner Landtag  
Innen- und Rechtsausschuss  
z.H. Frau Dörte Schönfelder  
Postfach 7121  
24171 Kiel**

Per Mail: [innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:innenausschuss@landtag.ltsh.de)

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg

Telefon: 040 – 2858-4082  
Telefax: 040 – 2858-9080

**Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss zur Situation und  
Entwicklung der Printmedien in Schleswig-Holstein – Bericht der  
Landesregierung– Drucksache 16/713**

Datum	27.03.07
Unser Zeichen	
Sachbearbeitung	
Durchwahl	
Email	<a href="mailto:erika.engst@verdi.de">erika.engst@verdi.de</a>

Sehr geehrte Damen und Herren,

der deutsche Zeitungsmarkt befindet sich nach Einschätzung von Branchenkennern in einer Konsolidierungsphase. Unternehmensberater gehen davon aus, dass zwischen 80 bis 100 kleine Zeitungsverlage in den nächsten 20 Jahren möglicherweise einen Eigentümerwechsel vollziehen könnten. Grundtenor in allen Studien ist, dass sich in 20 Jahren die Konzentrationsrate im Zeitungsmarkt verdoppeln wird und dass drei Zeitungsgruppen über 60 Prozent des Zeitungsmarktes beherrschen. Das wäre eine Herausforderung für die publizistische Vielfalt in der Bundesrepublik. Für ver.di ist es wesentlich, dass die bisherigen kartellrechtlichen Regelungen nicht zu Gunsten der großen Zeitungskonzerne verändert werden, sondern dass die besondere Rolle der Zeitungsverlage im Kartellrecht erhalten bleibt.

Die Entwicklung in Schleswig-Holstein bestätigt diese Konsolidierungsentwicklung. So haben der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag – kurz: s:hz – und Boyens Medien eine Gebietsbereinigung bei ihren Titeln vorgenommen und damit den Wettbewerb verringert bzw. die eigenen Verbreitungsgebiete abgeschottet. Der s:hz hat 2006 die Schweriner Volkszeitung gekauft und in die Gruppe integriert. Das dies mit einem massiven Arbeitsplatzabbau durch Kündigungen und rüden Übergriffen auf den Betriebsrat der SVZ einher ging, sei nur am Rande erwähnt. Der s:hz war auch Bieter um die Hamburger Morgenpost 2005/2006 und nach Medienangaben sollen die Kieler Nachrichten über den Nordkurier für die SVZ geboten haben. Die 100prozentige Übernahme der Segeberger Zeitung durch die Kieler Nachrichten ist Ausdruck der Konsolidierung. Der Mehrheitseigentümer der Kieler Nachrichten hatte 2004 ein Drittel der Anteile der Hamburger Morgenpost erworben, konnte aber diese Option nicht geltend machen. Der Verdrängungswettbewerb im norddeutschen Zeitungsmarkt vollzieht sich auch über die Druckkapazitäten und die Neuanschaffung von modernen Druckmaschinen. Diese Entwicklung wird sich künftig auf die Zeitungslandschaft in Schleswig-Holstein auswirken. Die Zeitungsdruckerei Karl-Heinz Bude in Schwarzenbek war 2004 Opfer dieser Marktentwicklung geworden und musste Insolvenz anmelden.

Diese generelle Entwicklung wird wenig durch landespolitische Maßnahmen zu gestalten sein, aber politisch kann die Landesregierung im Rahmen des Bundesrats einen Beitrag zur Verhinderung von Pressekonzentration einnehmen.

Die Zeitungsverlage in Schleswig-Holstein werden weiter auf Wachstum und Verdrängung setzen. Die Verbreitungsgebiete in den Regionen Pinneberg, Bad Oldesloe, Neumünster und Eutin und in kleinen Teilen Fehmarn werden dabei die umkämpften Gebiete der verschiedenen Zeitungsverlagsgruppen von s:hz, Kieler Nachrichten, Lübecker Nachrichten bzw. der Axel Springer Gruppe und ihrer Beteiligungen sein. So übersehen wir nicht, dass mit der Bildung der Anzeigenkombi media nord ein weiterer Schritt der Verlagsgruppen zur Marktabschottung gemacht wurde. Durch die Anzeigenkombi wird potentiellen Wettbewerbern der Marktzutritt erschwert bzw. verhindert. Insbesondere die Axel Springer AG mit ihren Beteiligungen in Schleswig-Holstein ist mit 8 Titeln in dieser Kombi stark vertreten und im Anzeigenmarkt die Nummer 1 in der Region.

Neben dem Vorantreiben der Konsolidierung, der Marktabschottung deuten sich in den Wettbewerbsgebieten an der Ostsee von Lübeck bis Wolgast neue Entwicklungen an, die ver.di mit Sorge verfolgt. Es existiert seit einiger Zeit eine gemeinsame Geschäftsführung von Lübecker Nachrichten und Ostsee-Zeitung. Geschäftsführer Ehlers soll davon gesprochen haben, dass er sich schwerlich vorstellen könne, dass auf längere Sicht „200 Redakteure in zwei Verlagen zwei Zeitungsausgaben“ produzierten.

Wir haben erhebliche Bedenken, dass mit der gemeinsamen Geschäftsführung die publizistische Vielfalt gefährdet wird. Das betrifft redaktionell insbesondere die Gebietsüberschneidung von LN und OZ in der Region um Grevesmühlen wie auch die überregionalen Service-Themen. In Grevesmühlen z.B. produzieren zwei Lokalredaktionen eine Gesamt-Auflage um die 12.000. Für die Leser sicher von Vorteil, für die Geschäftsführung ein Einsparposten. Aktuell sind beide Häuser dabei, die technische Basis für mögliche redaktionelle Synergien zu schaffen. So erhält die Ostsee-Zeitung bis Jahresende das gleiche Redaktionssystem wie die Lübecker Nachrichten. Steht dann die Zusammenlegung der Ausgaben beider Blätter in der Region Grevesmühlen ins Haus? Oder wird die Kooperation im Mantel forciert, die sich bereits durch den verstärkten - für den Leser kaum nachvollziehbaren - Austausch von Beiträgen ankündigt? Wie weit die beabsichtigte Kooperation in der Praxis gehen wird, ist noch unklar. Womöglich verarbeitet eine zentrale Nachrichtenredaktion Rostock künftig die Beiträge aus dem Kieler Landtag. Synergieeffekte wird man auch im Verlagsbereich suchen, etwa in der Verwaltung und der Anzeigenproduktion. Das hat 2003 schon die Unternehmensberatung Schickler getan, deren Untersuchung die Debatte um die Kooperation eingeleitet hat und die nun Konturen gewinnt.

Der Verdrängungswettbewerb geht immer zu Lasten von publizistischer Vielfalt. Die Folgen haben die Leser zu tragen, denen das Angebot reduziert wird und die sich in der Sichtweise im Zweifel anderen redaktionellen Auffassungen anpassen müssen, soweit es sich um Lokalzeitungen handelt.

Die aktuelle Neu-Ausrichtung in den verschiedenen Verlagshäusern hat zudem für Angestellte in den Verlagen und Redaktionen gravierende Folgen. Beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag wurde vor über einem Jahr die Ausgliederung der Sportredaktion zur (selbstverständlich) nicht Tarif gebundenen Nord-Sport GmbH mit rund 20 Redakteuren verfügt. Diese neue Firma ist gleichzeitig für die Ausrichtung der Ereignisse zuständig, über die sie später – selbstverständlich ganz unvoreingenommen – berichten soll. Folgen hat diese Entwicklung auch für die bei Zeitungen und Anzeigenblätter arbeitenden freien Journalisten. Ohne sie wäre eine Lokalberichterstattung überhaupt nicht möglich. Die Landesregierung meint beobachtet zu haben, dass freie Journalisten i.d. Regel freiberuflich arbeiten und dass sie ihre Sozialversicherung zu Bedingungen gestalten können, die sich von denen fest Angestellter stark unterscheiden. Die Entwicklung der Honorare für Freie führt eben dazu, dass sich immer häufiger nur noch Hausfrauen, Lehrer und Vereinsvorsitzende als Journalisten betätigen können, was zu nachvollziehbaren Problemen hinsichtlich Qualitätsjournalismus führt. Und was die Gestaltung der sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen für Freie angeht, so ist ein Zitat von einem Pauschalist, der ausschließlich für einen Verlag arbeitet, bezeichnend: „Hartz IV ist eine gute Einrichtung, weil ich durch die Aufstockung auf die durchschnittlich 900,- € Brutto, die ich von meinem Verlag erhalte, für mich und meine Familie auf ca. 2.500,- € netto komme.“

Die Zeitungsverlage auch in Schleswig-Holstein kommen nicht genügend ihrer Publizitätspflicht laut HGB nach. Nach unserer Kenntnis sind bei allen Zeitungsverlagen die Voraussetzungen nach dem HGB gegeben, aber bei weitem nicht alle und nicht regelmäßig werden die erforderlichen Unterlagen wie Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung oder Lagebericht veröffentlicht.

Die Verlage argumentieren hierzu üblicherweise, dass sie den Wettbewerbern keine Einsicht geben wollen. Dabei berufen sie sich auf ihre geschützte Rolle durch das Grundgesetz. Ver.di steht auf dem Standpunkt, dass die wirtschaftlichen Zahlen der Unternehmen bei der Transparenz selbst unter den konkurrierenden Verlagen bis hin zu den Beteiligungen (Beig in Pinneberg) keine Gefährdung der Pressefreiheit darstellen. Der Europäische Gerichtshof hat in einer Entscheidung auf die gemeinschaftliche Bedeutung der Transparenz für jedermann in der Europäischen Union hingewiesen. Freie Bürger müssen sich frei informieren können.

Ver.di tritt dafür ein, dass das Landespressegesetz durch den Landtag dahingehend geändert wird, dass es mehr Transparenz über die Beteiligungsverhältnisse und innere Pressefreiheit gibt. Wir erachten es zur Absicherung der Pressefreiheit als eine Herausforderung, dass es eine gesetzliche Grundlage für die Bildung von Redaktionsbeiräten in den Tageszeitungen und Anzeigenblättern in Schleswig-Holstein gibt.



**Holger Artus**



**Peter Ahner**